

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 19. Februar 2026

Antrag

Zum 10. Jahrestages des Terroranschlages am OEZ: vorübergehender Stillstand im ÖPNV für eine Gedenkminute

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit der MVG ins Gespräch zu gehen, mit dem Ziel, zum 10. Jahrestag des Anschlages am OEZ am 22.Juli um 17:58 oder 18:00 Uhr den ÖPNV für (mindestens) eine Gedenkminute still stehen zu lassen. Außerdem wird gebeten, prüfen zu lassen, in welchen weiteren Formaten das Gedenken (und damit auch die Familienangehörigen) unterstützt werden können, wie z.B. Gedenk-Beschriftungen in U-Bahnen, Trams und Bussen oder vorübergehend Werbetafeln durch Erinnerungstexte zu ersetzen. Auch ein Nichtanfahren der Bus-Haltestelle am Ort des Geschehens würde eine würdevolle Abrundung der sonstigen Gedenk- und Trauerfeierlichkeiten darstellen, die für diesen Tag ohnehin geplant sind.

Begründung

Am 23.02.2012 gab es bundesweit eine Gedenkveranstaltung für die NSU-Opfer, als gerade der Prozess gegen Beate Tschäpe und den NSU begonnen hatte. Um 12 Uhr wurden alle Betriebe angehalten und auch der öffentliche Nahverkehr in Städten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt, Hannover, Düsseldorf, Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Gießen, Bielefeld, Mönchengladbach. Die Angehörigen des Münchner Anschlages haben sich bereits mehrfach eine derartige Initiative gewünscht. Abgelehnt wurde u.a. mit der Begründung, der Antrag sei zu kurzfristig erfolgt.

Deswegen wird dieser Antrag mit einer Vorlaufzeit von 5 Monaten gestellt, damit dem Wunsch der Angehörigen entsprochen werden kann und die ganze Stadtgesellschaft gemeinsam einen Moment lang innehält, um der Opfer dieses und anderer rechtsradikaler Anschläge in München gemeinsam gedenken zu können.

Da die Angehörigen sehr lange darum kämpfen mussten, dass der rechtsextreme Anschlag als solcher anerkannt wurde, und auch die Stadt entsprechend viel Zeit benötigte, um würdevolle Formen des Gedenkens zu entwickeln, wäre eine solche Gedenkminute vor allem eine späte Anerkennung ihres Engagements. Alle ggf. möglichen Maßnahmen sollen deswegen auch mit ihnen direkt besprochen, beschlossen und umgesetzt werden.

Thomas Lechner, Stadtrat